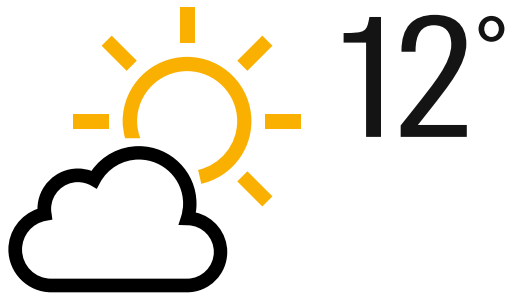
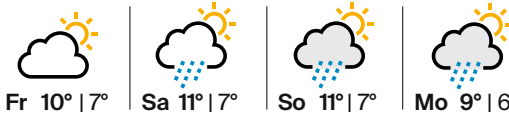


Wetter



Der Tag bringt eine Mischung aus Hochnebelfeldern, etwas Sonne und mässiger Bise.



Alles Weitere zum Wetter lesen Sie auf **Seite 26**.

Top-News

Sicherheitsrat nominiert Guterres

UNO Der Weg für die Wahl von António Guterres zum neuen UNO-Generalsekretär ist frei. Die 15 Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats sprachen sich einstimmig für den früheren portugiesischen Ministerpräsidenten und ehemaligen Chef des UNO-Flüchtlingshilfswerks aus. Den formellen Beschluss wird die Vollversammlung heute treffen. (sda.)

Bund zahlt 26 Millionen Franken

Afghanistan Die Schweiz will sich bis 2020 mit jährlich rund 26 Millionen Franken in Afghanistan engagieren. Das kündigte der Schweizer Delegationsleiter Thomas Greminger an der zweitägigen Afghanistan-Konferenz in Brüssel an. Mit ihrem Entwicklungsprogramm unterstützt die Schweiz besonders benachteiligte Bevölkerungsgruppen sowie Massnahmen zur Friedens- und Staatsbildung, wie der Bund gestern mitteilte. (sda.)

Waffenruhe in Kolumbien verlängert

Bogotá Nach dem Scheitern des Referendums über den Friedensvertrag in Kolumbien hat Präsident Juan Manuel Santos die Waffenruhe mit der linken Guerillaorganisation Farc bis zum 31. Oktober verlängert. Offiziell lief er bislang nur bis zur Volksabstimmung. (sda.)

Angriff auf Konvoi erfolgte aus der Luft

Syrien Der Angriff auf einen Hilfskonvoi nahe der syrischen Stadt Aleppo mit mehr als 20 Toten ist nach Erkenntnissen von UNO-Experten definitiv aus der Luft erfolgt. Bei dem Angriff am 19. September waren nach Angaben des Roten Kreuzes mehr als 20 Zivilisten getötet worden. (sda.)

Gesagt

«Der russische Bär stirbt nie, er hält bloss seinen Winterschlaf.»



Der republikanische Kandidat für das Amt des US-Vizepräsidenten, **Mike Pence**, hat in der Debatte im amerikanischen Fernsehen auf kreative Weise erklärt, weshalb es zu früh ist, den Einfluss von Russland zu unterschätzen und es abzuschreiben. 7

Kopf des Tages

Ende nach 18 Tagen

Grossbritannien Diane James war die neue Hoffnungsträgerin der United Kingdom Independent Party (Ukip). Doch nach nicht mal drei Wochen hatte sie genug.

Zum ersten Mal machte Diane James vor drei Jahren auf sich aufmerksam. Bei einer Nachwahl zum Unterhaus beeindruckte die Managerin im Gesundheitssektor durch ihre Eloquenz und Sachkunde. Zwar unterlag die fließend Deutsch und Französisch sprechende Geschäftsfrau knapp den Liberaldemokraten, schaffte aber ein Jahr später den Sprung ins Europaparlament.

Ihren zweiten grossen Auftritt hatte James vor knapp drei Wochen: Mit klarem Vorsprung wählte das Ukip-Parteivolk die 56-jährige zur Vorsitzenden und damit Nachfolgerin des ebenso umstrittenen wie effektiven EU-Parlamentskollegen Nigel Farage, des bisherigen Parteichefs von Ukip. Der Umarmung des stets stark nach Zigaretten und Alkohol riechenden Vorgängers wich James angewidert aus, was den Fotografen zu herrlichen Bildern verhalf. Lieber winkte sie heftig, beinahe ein wenig übertrieben ins Publikum.

Im Nachhinein weiss man: Es war nicht der Jubel einer stolzen Siegerin, sondern das verzweifelte Winken einer Ertrinkenden. Genau 18 Tage nach der kuriosen Szene warf James am Dienstagabend das Handtuch. Aus persönlichen und politi-

schen Gründen könne sie das Amt nicht antreten, liess die Politikerin mitteilen. Später legte James nach: Sie habe sich vom Parteiapparat sowie von der Brüsseler Fraktion nicht ausreichend unterstützt gefühlt. Insider berichteten nicht nur von einer schweren Erkrankung in der Familie, sondern auch von einem Zwischenfall auf dem Londoner Bahnhof Waterloo. Wenige Tage nach ihrer Wahl sei James dort angepöbelt und bespuckt

worden; die unangenehme Situation habe ihr zu schaffen gemacht.

Offenbar kam aber noch etwas hinzu, was den Fall zum Skandal macht. Im Internet kursierte gestern die unbestätigte Meldung,

James habe schon ihre in letzter Minute eingereichten Bewerbungspapiere mit dem Zusatz V.C. versehen. Die Abkürzung steht für das lateinische «vicioactus» und bedeutet «gezwungenemassen». War da also jemand unter Druck Chef geworden, die immerhin bei

der letzten Unterhauswahl von 3,8 Millionen Briten (12,6 Prozent) gewählt worden war?

James galt als Kandidatin des wichtigsten Parteispenders Arron Banks und des Aushängeschildes Farage, der gestern wieder das Parteiruder übernahm – «interimistisch», wie er ausdrücklich versicherte. Ganz auszuschliessen ist allerdings nicht, dass der langjährige Vorsitzende die Chance zur dauerhaften Rückkehr wahrnimmt. Schliesslich hatte Farage schon 2009 hingeschmissen und sich ein Jahr später triumphal zurückholen lassen. Nach der Wahl im Mai 2015 dauerte seine Demission genau drei Tage. Aller guten Dinge sind drei?

Aber Farage weiss auch: Mit dem gewonnenen EU-Referendum hat Ukip ihren Zweck eigentlich erfüllt. Zudem versucht die neue konservative Premierministerin Theresa May, den Nationalpopulisten bei der von Labour enttäuschten desillusionierten Arbeiterschicht die Stimmen abzugeben. Vielleicht hat dies zu James' kuriosestem Entschluss beigetragen. Mit der kompetentesten Karriere der Politikerin dürfte es jedenfalls bald zu Ende gehen.

Sebastian Borger/London



Diane James (56).
Bild: Imago (London,
18. September 2016)

Ansichten

Symptom einer dialogarmen Gesellschaft

Bei der aktuellen Mobilisierung für ein Burkaverbot handelt es sich nicht – wie vielfach behauptet – um eine notwendige Reaktion auf ein ernst zu nehmendes Problem. Der politische und finanzielle Aufwand für das Verbot eines in der Schweiz kaum existenten Phänomens ist vielmehr das Symptom für ein tatsächlich existierendes gesamtgesellschaftliches Problem: das Fehlen eines aufrichtigen Dialogs über die unvermeidlichen Fragen nach der zukünftigen Gestaltung einer Gesellschaft, die immer vielfältiger und komplexer wird. Verunmöglicht wird dieser Dialog durch politischen Opportunismus, Willkür und reine Symbolpolitik.

Noch vor wenigen Jahren hatte man den Eindruck, dass einzelne westeuropäische Länder aufgrund ihrer je eigenen Regelung des Staat-Kirche-Verhältnisses und der Gesetzeslage in jeweils unterschiedlicher Form und unterschiedlichem Ausmass durch die Präsenz von Muslimen herausgefordert werden. In den letzten Jahren lässt sich nun beobachten, wie sich die Debatten um Islam und Muslime in Westeuropa kontinuierlich zu einem einheitlichen Diskursfeld verdichten. Dieses Feld wird dominiert von Themen wie «Verteidigung abendländischer Werte», «Sorge um

öffentliche Sicherheit» und «Einsatz für Frauenrechte». Auffallend ist, dass sich die Einstellungen und Meinungen nicht mehr streng entlang der politischen und weltanschaulichen Position der Diskursakteure einordnen lassen. Dies kommt auch in der aktuellen Forderung nach einem Burkaverbot deutlich zum Ausdruck.

Die liberalen Verfechter der Freiheit des Individuums fordern staatliche Durchsetzung von Kleidervorschriften, und rechtskonservative Kreise scheinen sich auf einmal für Frauenrechte einzusetzen. Der Eifer, mit dem Politiker, Medienschaffende und andere gesellschaftliche Akteure sich über ihre parteipolitischen, konfessionellen und weltanschaulichen Grenzen hinweg auf das Burkaverbot fokussieren, verstärkt einen antimuslimischen Reflex, indem Grenzen zwischen berechtigter Kritik an bestimmten Auslegungen des Islams und der pauschalen Ablehnung des Islams und der Muslime verwischt werden.

Der Ruf der Befürworter des Burkaverbotes nach der Befreiung der unterdrückten muslimischen Frau ist heuchlerisch, weil er im Endeffekt mit keinen handlungspraktischen Konsequenzen verbunden ist. Er beruht nicht auf dem echten

Willen, jenen muslimischen Frauen, die zum Tragen des Gesichtsschleiers tatsächlich gezwungen werden oder in anderer Form unter Unterdrückung leiden, konkret zu helfen.

Das geforderte Verbot des Gesichtsschleiers zeugt darüber hinaus von politischer Willkür, die sich – wie schon bei der Minarettinitiative – ausschliesslich gegen eine religiöse Minderheit richtet. Denn Befremdliches und Unzeitgemäßes liesse sich auch bei nicht-muslimischen Minderheiten finden und verbieten. Die Burkadebatte zeigt schliesslich, dass sich die Befürworter eines Verbotes einerseits und die Verfechter einer autoritären und patriarchalen Islamauslegung andererseits immer ähnlicher werden. In beiden Fällen werden Frauen bevormundet und erscheinen als Trägerinnen männlicher Erwartungen, sei es hinsichtlich Emanzipation und Liberalität oder sei es hinsichtlich Moral und Anstand.

Ein Verbot des Gesichtsschleiers stellt weder einen Beitrag für mehr Sicherheit dar, noch dient es in irgendeiner Weise der Befreiung von muslimischen Frauen aus patriarchalischen Strukturen. Ein Nein zum Burkaverbot ist kein Ja zur Burka. Wir lehnen das Verbot vielmehr deswegen ab, weil wir

gegen eine reine Symbolpolitik sind, die aus purem Opportunismus kaum existente Phänomene zu Scheinproblemen aufbauscht und sich gleichzeitig den dringenden anstehenden Aufgaben der Gestaltung einer religiös, kulturell und weltanschaulich vielfältigen Gesellschaft verweigert. Diesen Aufgaben ist nicht durch Verbote nachzukommen, sondern durch Dialog. Und wer sich aufrichtig auf Dialog einlässt, anerkennt implizit, dass sein Glaube und sein Denken Grenzen haben und dass er oder sie bereit ist, von anderen zu lernen und darüber nachzudenken, wie wir in der Zukunft in Vielfalt gemeinsam leben wollen. Dieser Weg ist zwar langwierig und ein nicht immer einfacher Lernprozess, aber der einzig sinnvolle.



Samuel Behloul, Fachleiter am Zürcher Institut für interreligiösen Dialog (ZIID)

Hinweis

Samuel Behloul ist Mitverfasser dieser Stellungnahme des ZIID, welches aus einer tripartiten Fachleitung für Christentum, Judentum und den Islam besteht.